

WOCHENRÜCKBLICK



Abschaltung von drei Spartensendern darf nur ein erster Schritt sein

Zur Ankündigung der ARD, im Zuge von Reformen die Spartenkanäle ARDalpha, tagesschau24 und ONE zum 31. Dezember 2026 einzustellen, erklärt der stellvertretende Bundessprecher der Alternative für Deutschland Stephan Brandner:

„Die Abschaltung dreier Kanäle zeigt, dass sogar ARD und ZDF, wenn auch noch sehr zögerlich, inzwischen einräumen müssen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk über Jahrzehnte hinweg maßlos aufgebläht wurde. Ein radikales Einschrumpfen ist mehr als überfällig.“

Unser Motto muss lauten: deutlich mehr einsparen, deutlich mehr abschaffen. Die Bürger erwarten zu Recht, dass mit ihren Rundfunkbeiträgen verantwortungsvoll umgegangen wird. Wenn es mit der Reform ernst gemeint ist, müssen weitere Programme, Doppelstrukturen und kostspielige Nebenangebote abgeschafft werden, um am Ende einen soliden Grundfunk zu haben, der ausgewogen informiert und nicht zwangsfinanziert wird.“



Aktuelle Videos



Wahlkampf in Hessen (Waldeck)



PIC•COLLAGE



STEPHAN
BRANDNER

Grußwort beim Landesparteitag NRW in Marl



Die nächsten Termine



10. März

Sprechstunde

Gera

Stephan
BRANDNER

 **Dienstag, 10. März 2026**

 **Wahlkreisbüro Gera**
Rudolf-Diener-Str. 21
07545 Gera

 **Anmeldung unter**
stephan.brandner.ma04@bundestag.de





Stephan
BRANDNER

Thomas
TROMMER

**Mit Gedenken an
Oswald Gmeiner**
Kundgebung

Ortsumgehung jetzt!

**Dienstag, 10. März,
18:00 Uhr**

**Lässig Park (Kreuzung B2/B175)
Großebersdorf**



AfD Kreisverband Landkreis Greiz

V.i.S.d.P. AfD Kreisverband Greiz, Platz der Freiheit 8, 07570 Weida



**STEPHAN
BRANDNER**

Die nächsten Termine

BRANDNER KOMMT IN DEN WESTERWALD!



Nicole Höchst, MdB **Stephan Brandner, MdB**
Bernd Schattner, MdB **Bailey Wollenweber, Direktkandidat WK5**

12.03.2026
 Einlass 16:30 Uhr
 Beginn 18:00 Uhr
 Stadthalle, Jahnstraße,
 56457 Westerburg

Anmeldung: afd-westerwald.de/brandner-kommt/

AfD

Stellen Sie uns Ihre Fragen und...

Stephan Brandner **Tom Kotzian**



...kommen Sie zu unserem
Wahlkampfstand
13. März 2026 - 12:00 Uhr
 Fackelstraße 27, Kaiserslautern

WIR REGELN DAS.

AfD

WIR REGELN DAS!



Michael Büge **Stephan Brandner, MdB**
Wolfgang Payarolla **Dr. Jan Bollinger, MdL**

...und weiteren Rednern
 wie **Bernd Schattner, MdB**
 und **Eugen Ziegler, MdL**

13.03.2026
 Einlass 18:00 Uhr
 Beginn 19:00 Uhr
 Kurpfalzsaal, Weinstraße 94,
 67480 Edenkoben

EDENKOBEN WEINSTRASSE

Anmeldung unter wkb-suedpfalz@web.de

AfD

AfD hautnah!



Sebastian Münzenmaier **Stephan Brandner**
Damian Lohr **Ulrich Siegmund**

SAMSTAG, 14. MÄRZ - 11:00 UHR
 Gemeindehalle Börrstadt
 Einlass ab 9:30 Uhr

BEGRENZTE PLATZKAPAZITÄT!
 Schnell anmelden unter:
www.alternative-rlp.de/boerrstadt

WIR REGELN DAS.

AfD

WAHLKAMPFVERANSTALTUNG

14. MÄRZ 2026 | EINLASS: 18 UHR | BEGINN: 19 UHR



Glückauf-Halle in Bundenbach
 Schulstraße 25, 55626 Bundenbach

Anmeldung über Link: afd-birkenfeld.de
Begrenzte Platzkapazitäten!

WIR REGELN DAS.

AfD



STEPHAN BRANDNER

BÜRGERDIALOG in Nobitz OT Wilchwitz

30.03.26 | 18.00 Uhr

Vereinshaus am Dorfplatz
Dorfplatz 3
04603 Nobitz OT Wilchwitz

KOMMEN SIE VORBEI!
Eine Anmeldung ist
nicht erforderlich.

Mit

Stephan Brandner MdB

Prof. Dr. Michael
Kaufmann MdB

Thomas Hoffmann MdL



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



**STEPHAN
BRANDNER**

Rückblick auf die Plenarwoche

Mittwoch, 4. März

Die Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, **Karin Prien** (CDU), hat bessere Bildung, starke Familien und eine resiliente Demokratie als Schwerpunkte ihrer Arbeit bezeichnet. In der Regierungsbefragung des Bundestages am Mittwoch sagte Prien, mit besserer Bildung erfülle man das individuelle Aufstiegsversprechen und stärke „die Innovationskraft unseres Landes“.

Viele Fragen an die Bundesministerin befassten sich mit dem Förderprogramm „Demokratie leben!“. Der AfD-Abgeordnete **Sebastian Maack** wollte von Prien wissen, wie sich die Mittelvergabe für die „Partnerschaften für Demokratie“ demokratisch legitimieren lasse. Die Ministerin wies zunächst die Einschätzung des Abgeordneten zurück, aus dem Programm würden nur „linke Nichtregierungsorganisationen“ gefördert. „Demokratie leben!“ richte sich gegen alle Extremismen, vor allem gegen Rechtsextremismus, aber auch gegen Linksextremismus, Islamismus und Antisemitismus.

Neben der Bundesbildungsministerin stellte sich auch der Bundesminister für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Carsten Schneider (SPD), den Fragen der Abgeordneten. Dr. **Paul Schmidt (AfD)** sprach einen Wiedereinstieg in die Kernenergie an. Atomkraft habe keine Zukunft, entgegnete der Minister.

Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) hat eine deutsche Beteiligung am Krieg der USA und Israels gegen den Iran ausgeschlossen. „Deutschland ist nicht Kriegspartei“, sagte Pistorius am Mittwoch im Deutschen Bundestag in einer Aktuellen Stunde, die die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD auf die Tagesordnung gesetzt hatten. „Die deutsche Bundeswehr wird sich an diesem Krieg nicht beteiligen.“

Beatrix von Storch (AfD) bezeichnete den Iran der Ajatollahs als „totalitären, islamischen Staat“, der die Region mit Terror überziehe, Kritiker ermorde und sein Volk in Geiselschaft nehme. Von Storch zeigte sich jedoch skeptisch gegenüber militärischen Interventionen zur Überwindung von Regimen und erinnerte an den „Arabischen Frühling“, der eine „große Illusion gewesen“ und in einer Katastrophe geendet sei.

„Es gibt keinen schnellen Weg, keinen einfachen Weg zu Freiheit und Demokratie in der islamischen Welt.“ Den USA in den Rücken zu fallen sei nun ebenso wenig im deutschen Interesse, wie an ihrer Seite in den Krieg einzutreten, sagte von Storch. Unter dem Motto „Germany first“ forderte sie hingegen die Schließung der Balkanroute, die Abschiebung oder Inhaftierung von „Schläfern des Mullahregimes“ sowie mit Blick auf Energieabhängigkeiten eine Rückkehr zu Kohle und Atom.

Das Parlament hat am Mittwoch über die Unabhängigkeit des Bundesrechnungshofes beraten. Die AfD-Fraktion hatte dazu einen **Gesetzentwurf „zur Änderung des Bundesrechnungshofgesetzes – Unabhängigkeit des Bundesrechnungshofes bewahren“** vorgelegt.

Die AfD-Fraktion will nach eigenem Bekunden die Unabhängigkeit des Bundesrechnungshofes stärken. Laut Entwurf soll für die Berufung in leitende Funktionen des Bundesrechnungshofes eine Karenzzeit für ehemalige Mitglieder der Bundesregierung, ehemalige parlamentarische oder beamtete Staatssekretäre sowie Mitglieder des Deutschen Bundestages festgelegt werden.

Zur Begründung führt die Fraktion an, dass der Bundesrechnungshof zwar ein unabhängiges Organ der Finanzkontrolle sei. „In der Praxis kann jedoch der Anschein entstehen, dass die Unabhängigkeit des Bundesrechnungshofes beeinträchtigt wird, wenn Personen mit früheren politischen Spitzenfunktionen, insbesondere als Bundesminister, Staatssekretäre oder auch Abgeordnete des Deutschen Bundestages, in leitende Positionen des Bundesrechnungshofes berufen werden.“

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages haben in dieser Woche Klara **Geywitz** zur neuen Vizepräsidentin des Bundesrechnungshofes gewählt. Klara Geywitz war von 2021 bis 2025 Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen. Zuvor hatte sie von 2004 bis 2019 als SPD-Abgeordnete dem Landtag von Brandenburg angehört und dort den Wahlkreis Potsdam I vertreten.



Rückblick auf die Plenarwoche

Donnerstag, 5. März

„Anhaltspunkte für deutsche Bezüge zu den Epstein-Akten systematisch untersuchen“, lautet der Titel eines Antrags der AfD-Fraktion, der am Donnerstag erstmals im Bundestag beraten wurde. Nach dem Willen der AfD-Fraktion soll eine Sonderkommission zur Untersuchung deutscher Bezüge in den Epstein-Akten eingerichtet werden.

Stephan **Brandner** sagte dazu: „In Deutschland herrscht bis heute weitestgehend unerklärliches Schweigen im Medien- und Altparteienwald, während seit Langem weltweit über die sogenannten Epstein-Files gesprochen und diskutiert wird. Warum ist das so? Diese Frage steht doch im Raum. Es gibt inzwischen ja auch Indizien dafür – Götz Frömming hatte darauf hingewiesen –, dass es nennenswerte Beziehungen zu Banken, zu Verlegern, zu Spitzenbeamten, dass es aus dem Umfeld eines globalen Missbrauchs- und Erpressungsnetzwerkes Verbindungen in die deutsche Politik gibt. Wo sind die investigativen Teams von Staatsfunkern, die sonst mit Kameras und Aktenordnern vor Politikerbüros stehen oder teilweise auch herumlungern? Wo sind die Sondersendungen von ARD und ZDF? Also, wenn es Ihnen um die Wahrheit geht und auch darum, nichts zu vertuschen, was es möglicherweise auf Ihrer Seite gibt, dann stimmen Sie heute unserem Antrag zu!“

Der Bundestag hat nach einstündiger Aussprache die von der Bundesregierung geplante Umgestaltung des **Bürgergeldes** zu einer neuen Grundsicherung beschlossen. Mit demselben Abstimmungsverhalten wurden zwei Anträge der AfD-Fraktion abgelehnt. Es handelt sich dabei um den Antrag mit dem Titel „**Bürgergeldleistungen stoppen bei Haftbefehlen – Keine Unterstützung für gesuchte Straftäter**“ sowie den Antrag „**Aktivierende Grundsicherung statt Grundsicherungsgeld**“.

Laut dem AfD-Antrag sollten Menschen, gegen die ein Haftbefehl vorliegt, künftig kein Bürgergeld mehr erhalten. Die Fraktion beklagt in der Vorlage eine „strukturelle Lücke bei Gesetzgebung und Handhabung“, die dazu führe, dass sich Straftäter dem Zugriff der Strafverfolgungsbehörden entziehen und dennoch auf Kosten der Steuerzahler unterstützt würden. „Eine solche Alimentation untergräbt das Vertrauen der Bevölkerung in den Rechtsstaat“, heißt es in dem Antrag.

Die AfD-Fraktion forderte zudem eine „aktivierende Grundsicherung statt Grundsicherungsgeld“. In ihrem zweiten Antrag heißt es: „Wer sich nicht selbst helfen kann, dem stellt der Staat Unterstützungsleistungen zur Verfügung, bis er seinen Lebensunterhalt wieder aus eigener Kraft bestreiten kann. Ein langfristiger Transferbezug muss jedoch in einer Welt begrenzter Ressourcen die Ausnahme bleiben.“

Deshalb verlangte die Fraktion unter anderem, die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II für volljährige erwerbsfähige Leistungsempfänger nach einer Karenzzeit von sechs Monaten grundsätzlich an die Teilnahme an der „Bürgerarbeit“ mit 15 Wochenstunden zu knüpfen, „soweit nicht bereits eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit mindestens 20 Wochenstunden besteht“.

Die AfD-Fraktion hat zudem einen Antrag mit dem Titel „**Offensive gegen organisierte Kriminalität – Staat stärken, Strukturen zerschlagen**“ vorgelegt, den der Bundestag am Donnerstag erstmals beraten hat.

Die AfD-Fraktion will außerdem die Beamtenzahl und die damit verbundenen Pensionslasten senken. Ihren Antrag mit dem Titel „**Schlanker Staat statt Kostenexplosion – Beamtenzahl und Pensionslasten senken**“ hat der Bundestag am Donnerstag erstmals debattiert.

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages haben sich in einer Aktuellen Stunde mit dem Thema „Gefährdungen der digitalen Teilhabe entgegnetreten – Einschränkungen des digitalen Raums, EUDI-Wallet und Social-Media-Verbote verhindern“ befasst.

Ruben Rupp eröffnete die von der AfD geforderte Aktuelle Stunde. Er warf der Europäischen Union und der Bundesregierung vor, seit Jahren „Angriffe auf den freien, digitalen Raum“ und auf die Meinungsfreiheit zu verüben, die immer stärker und radikaler würden.



STEPHAN
BRANDNER

Rückblick auf die Plenarwoche

Freitag, 6. März

Der Bundestag hat am Freitag, 6. März 2026, nach einstündiger Aussprache den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Anpassung der **Krankenhausreform** in der vom Gesundheitsausschuss geänderten Fassung beschlossen. Dafür stimmten die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD, dagegen die Oppositionsfraktionen AfD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Oppositionsvertreter der AfD, der Linken und der Grünen hielten der Koalition vor, die Versorgung mit dem Gesetz nicht zu verbessern. Martin **Sichert (AfD)** sagte, der Gesetzentwurf zeige, wie katastrophal die Situation im Gesundheitswesen inzwischen geworden sei. Er monierte Stückwerk und Regelungswut. Sichert warnte: „Es wird ein weiteres bürokratisches Monstrum geschaffen.“ Das Kliniksterben gehe derweil weiter, monierte Sichert. Das Gesundheitssystem werde immer schlechter, weil es überreguliert sei. An die Lobbyisten im Gesundheitssystem traue sich niemand heran, auch die Bundesregierung nicht. So gebe es zum Beispiel viel zu viele Krankenkassen und einen aufgeblähten Bürokratieapparat. „Nötig sei aber mehr Zeit für Patienten.“

Der Bundestag hat sich am Freitag erstmals mit der Forderung nach der Einsetzung eines **Untersuchungsausschusses** zum **Projekt Stuttgart 21** befasst. Die AfD-Fraktion hatte dazu einen entsprechenden Antrag mit dem Titel „Einsetzung des 1. Untersuchungsausschusses der 21. Wahlperiode – Ursachen der planerischen, terminlichen und finanziellen Abweichungen des Projekts Stuttgart 21 der Deutschen Bahn AG“ vorgelegt.

Der neunköpfige Untersuchungsausschuss soll nach dem Willen der AfD die „Ursachen der planerischen, terminlichen und finanziellen Abweichungen des Projekts , Stuttgart 21' der Deutschen Bahn Aktiengesellschaft“ sowie die Entscheidung für das zusätzlich geplante Infrastrukturbauwerk „Pfaffensteigtunnel“ aufklären.

Untersucht werden soll ferner, ob die Bundesrepublik den finanziellen Mehrbedarf durch Baukostenzuschüsse, andere Subventionen oder durch eine weitere Kapitalerhöhung decken soll und ob das „eigenwirtschaftliche Projekt der DB AG“ zu einem durch den Bund subventionierten Projekt geworden ist. Die Fraktion verweist darauf, dass die offiziellen Kostenschätzungen von 2,46 Milliarden Euro bei Planungsbeginn auf über 4,1 Milliarden Euro bei Baubeginn und 11,5 Milliarden Euro bis Ende 2025 gestiegen seien.

Der Bundestag hat erstmals Anträge der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Vermögenssteuer wieder erheben – Länderfinanzen nachhaltig sichern“ und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Gerechtigkeitslücke im Steuersystem schließen – 300-Wohneinheiten-Regelung in der Erbschaftsteuer abschaffen“ debattiert.

Ablehnend äußerte sich auch **Diana Zimmer für die AfD-Fraktion**. Sie sagte in Richtung der Linksfraktion: „Im Feststellungsteil schreiben Sie wörtlich: Niemand hat ein Anrecht auf ein Milliardenvermögen. Ein sehr interessanter Satz, und ich frage Sie deshalb auch gerne: Gilt das auch für den Staat? Seien Sie doch ehrlich: Ihre politische Agenda zielt darauf ab, Reiche arm zu machen, Unternehmen zu zerstören, Bürger arm zu halten, um den Staat reicher zu machen.“



Jugend und Parlament - Bewirb dich jetzt!

6.-9. Juni 2026

Wenn du zwischen 17 und 20 Jahre alt bist und Interesse hast, am Planspiel „Jugend und Parlament“ im Jahr 2026 teilzunehmen, sende deine Bewerbung an stephan.brandner.ma03@bundestag.de

STEPHAN BRANDNER
stellv. Bundesvorsitzender

AfD



Zuschuss zur Klassenfahrt

Zuschuss zu eurer Klassenfahrt nach Berlin:

Mehr Infos unter
stephan.brandner.ma03@bundestag.de

STEPHAN BRANDNER
stellv. Bundesvorsitzender

AfD

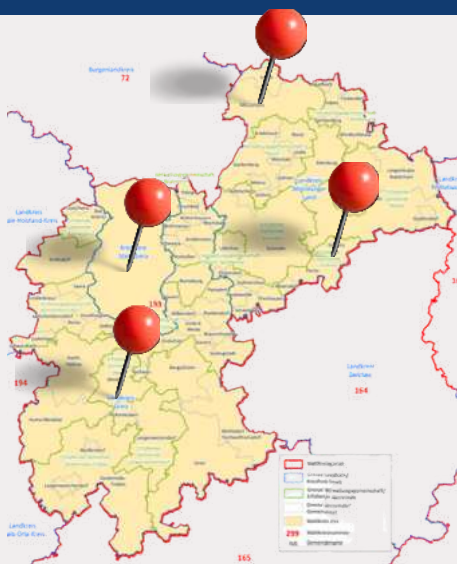


**STEPHAN
BRANDNER**

Wir sind für Sie da:

📍 Wahlkreisbüro Gera
Rudolf-Diener-Straße 21,
07545 Gera
☎ Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
📠 Fax: 03 65 - 22 69 12 50
✉ kontakt@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Di.-Do. 10-17 Uhr

📍 Wahlkreisbüro Gößnitz
Zwickauer Straße 11,
04639 Gößnitz
☎ Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
✉ goessnitz@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Do. und Fr. 10-17 Uhr



📍 Wahlkreisbüro Meuschwitz
Bebelstraße 21,
04610 Meuschwitz
✉ meuschwitz@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Di. 10-17 Uhr

📍 Wahlkreisbüro Weida
Platz der Freiheit 9,
07570 Weida
✉ weida@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Do. 10-17 Uhr und jeden 1. Samstag im Monat: 8-11 Uhr

Besuchen Sie mich auch im Netz

 www.facebook.com/stBrandner
 www.instagram.com/stephanbrandner
 www.youtube.com/c/stephanbrandnerafd
 t.me/StephanBrandnerMdB
 www.tiktok.com/@brandner_afd
 <https://twitter.com/BrandnerSt>

